

Kein erhöhter Lohndruck in den Grenzregionen

Bericht des Bundesrats zu den flankierenden Massnahmen

In einem Bericht ans Parlament hält der Bundesrat fest, dass die Auswirkungen der Personenfreizügigkeit mit der EU auch in den Grenzregionen positiv seien. Zusätzlichen Handlungsbedarf sieht er nicht.

sig. · Sind die Grenzregionen die Leidtragenden des freien Personenverkehrs? Wirken in diesen exponierten Gegenden mit vielen Entsandten die flankierenden Massnahmen gegen Lohndumping? Diesen Fragen geht ein am Freitag veröffentlichter Bericht des Bundesrats nach, der aufgrund eines vier Jahre alten Postulats des St. Galler FDP-Nationalrats Walter Müller erstellt wurde.

Löhne nicht gesunken

Die Spezialisten im Staatssekretariat für Wirtschaft (Seco) kommen im grossen Ganzen zu einem positiven Ergebnis. Gesetzgeberischen Handlungsbedarf gebe es nicht, zumal im Moment eine Vorlage zur Optimierung der flankierenden Massnahmen in der Vernehmlassung sei.

Die Untersuchung beschränkt sich im Wesentlichen auf den Zeitraum von 2002 bis 2008. Die volle Personenfreizügigkeit ohne Übergangsregeln gilt aber für 17 EU-Staaten erst seit 2007, für 8 andere seit diesem Jahr und für Rumänien und Bulgarien noch nicht. Es handelt sich daher um eine Momentaufnahme mit beschränkter Aussagekraft für die Zukunft.

Auf die Beschäftigung wirkte sich die Personenfreizügigkeit in allen Grenzregionen positiv aus. Regionen, wo die Zahl der Grenzgänger gestiegen ist, verzeichneten ein überdurchschnittliches Beschäftigungswachstum. Dieses hätte ohne die Öffnung des Arbeitsmarktes nicht erreicht werden könnte, stellen die Ökonomen des Bundes fest.

Höhere Arbeitslosigkeit

Die Lohnentwicklung in den Grenzregionen unterscheidet sich nicht systematisch von jener in den anderen Landesteilen. Die Abweichungen sind minim und uneinheitlich. «Insgesamt lassen diese Daten somit in Grenzgängerkantonen keinen besonderen Lohndruck erkennen», heisst es im Bericht. Als typische Grenzgängerkantone definiert wurden Genf, Neuenburg, Jura, die Waadt, beide Basel, Schaffhausen, der Thurgau und das Tessin. Bei der Arbeitslosenquote verhält es sich anders. Sie stieg in den Grenzregionen stärker an als in den «Binnenregionen». In der Deutschschweiz ist die Differenz minim, in der Westschweiz, besonders in der Genferseeregion etwas ausgeprägter.

Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats hatte im Oktober eine eigene Untersuchung zu den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit veröffentlicht. Die Parlamentarier stellten einen starken Lohndruck fest und warfen dem Bundesrat vor, die Realität zu beschönigen. Die Antwort der Landesregierung steht noch aus. Der am Freitag genehmigte Bericht dürfte die Richtung andeuten.